

Weg ist frei für die Variantenuntersuchung

Sekundarschule: Eine Entscheidung über neue Schullandschaft soll bis zur Sommerpause 2013 fallen.

VON UDO TEIFEL

BM 04.12.12

WERMELSKIRCHEN Die Stadtverwaltung kann die Ausschreibung für die Variantenuntersuchung vorbereiten. Einstimmig hat gestern Abend der Haupt- und Finanzausschuss beschlossen, die verschiedenen Möglichkeiten der Realisierung einer Sekundarschule unter Beachtung der PCB-Problematik gegenüber- und deren finanzielle Auswirkungen darzustellen. Auch Übergangslösungen während einer Um- oder Neubauphase sollen berücksichtigt werden. Der Ratsbeschluss am kommenden Montag ist nur noch Formsache. Die Ergebnisse sollen bis Ende Mai 2013 vorliegen.

Henning Rehse (WNKUWG) drängte vor dem späteren, gemeinsamen Beschluss darauf, die Ergebnisse bis 30. April 2013 vorliegen zu haben – denn dann könnte der Haushalt 2013 im Mai beschlossen werden. Nun sieht es so aus, dass der Haushalt ohne die finanziellen Auswirkungen beschlossen wird.

Als „unglücklich“ bezeichnete Jochen Bilstein (SPD), dass bei der Diskussion über die Sekundarschule die Frage der Finanzierung und des Raumprogramms „nachgezogen“ sei. Das pädagogische Konzept stehe, nun sei man auch der Realschule verpflichtet, den zeitlichen Prozess darzulegen. „Vorher darf es keine Aussage über den Beginn der

Sekundarschule geben“, so der Sozialdemokrat. „Wie soll man 75 Eltern eine Sekundarschule schmackhaft machen, wenn wir nicht wissen, wie sie aussehen soll.“ Alle Politiker sollten dafür kämpfen, dass vor der Sommerpause der Beschluss über die neue Schullandschaft getroffen werde.

Dem Bausteuerer müssten unbedingt die Belange der PCB-belasteten Schulen für den Übergangsbetrieb für die Untersuchung zur Verfügung gestellt werden, so Volker Schmitz (CDU). Eine interkommunale Lösung lehnt er als Endlösung ab, sie könne nur eine Zwischenlösung sein.

„Wir sind an keiner Stelle gezwun-

gen, eine Sekundarschule einzurichten“, so Friedel Burghoff (Büfo), aber es werde „allerhöchste Zeit, für die Realschule eine Lösung zu finden“. Das liege seiner Fraktion mehr am Herzen als zu sagen, wann die Sekundarschule beginne. Jürgen Manderla (FDP) meinte, die Variantenuntersuchung werde Auswirkungen auf den Haushalt 2013 haben. Deshalb sollte diese Untersuchung abgewartet werden, ehe der Haushalt beschlossen werde.

RP ONLINE

Bisherige Berichte unter www.rp-online.de/wermelskirchen

Mehr Arbeitsplätze am Wohnort schaffen

Bevölkerungsschwund: Ein Patentrezept haben Politiker nicht. Eine gute Bildungsinfrastruktur und neue Gewerbegebiete wären ein Weg. Die Schullandschaft wird neu aufgestellt - neue Gewerbeflächen sind nicht in Sicht.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN 30 000 oder 40 000? Diese beiden Zahlen dürften die Politik in den nächsten Jahren beschäftigen. 30 000 – das ist die Entwicklung der Bevölkerung in Wermelskirchen nach einer Modellrechnung des Landesbetriebs Information und Technik NRW; die WNKUWG peilt nach wie vor die 40 000. „Diese Einwohnerzahl ist weiter unser Ziel. Dafür muss aber das Umfeld stimmen. In einer totgesparten Stadt erreichen wir das nicht“, so der Fraktionsvorsitzende Henning Rehse.

Wermelskirchen verliert, so die Statistiker des Landes NRW, bis 2030 rund 5000 Einwohner. Das ist Trend in NRW. Nur ganz wenige Städte dürfen ein Bevölkerungswachstum erleben – so Rösraht (plus 7,2 Prozent und Leverkusen plus 1,5 Prozent.)



Wermelskirchen braucht dringend Gewerbeflächen. Die immer mehr verfallende Fabrik an der Dellmannstraße spiegelt derzeit die Situation wider – es geht nicht vorwärts.

BM-ARCHIVFOTO: TEIFEL

DIE MODELLRECHNUNG

Bis 2030 schrumpft die Stadt um 4891 Personen

2011 Die Statistiker haben als Basiszahl die Einwohnerzahl aus dem Jahre 2011 genommen: Sie lag bei 35437 Einwohnern. Im Einzelnen: 0 bis 3 Jahre 781 Personen, 3-6 Jahre 816, 6-10 Jahre 1296, 10-16 Jahre 2241, 16-19 Jahre 1250, 19-25 Jahre 2295, 25-40 Jahre 5320, 40-65 Jahre 13543, 65-80 Jahre 5919, 80 Jahre und älter 1976.

2030 Bis zum Jahr 2030 schrumpft Wermelskirchen auf 30546 Personen (-13,8 Prozent). Im Einzelnen: 0-3 Jahre: 717 (-8,2 %), 3-6 Jahre 761 (-6,7%), 6-10 Jahre 1063 (-18%), 10-16 Jahre 1605 (-28,4 %), 16-19 Jahre 814 (-34,9 %), 19-25 Jahre 1412 (-38,5 %), 25-40 Jahre 4124 (-22,5 %), 30-65 Jahre 10706 (-20,9 %), 65-80 Jahre 6769 (+14,4 %), 80 Jahre und älter 2575 (+30,3 %)

Die demografische Entwicklung müsse inzwischen bei allen Entscheidungen auch in Wermelskirchen berücksichtigt werden, so Volker Schmitz (CDU): „Wir wollten deshalb einen Arbeitskreis demografische Entwicklung zu Beginn der Wahlperiode installieren. Aber das lehnte die Mehrheit ab.“ Er glaube nicht, dass die Modellrechnung die Realität widerspiegele – „wir werden sicher Einwohner verlieren, aber nicht so viele.“

Für ihn ist klar: Wermelskirchen muss als Stadt attraktiv sein, um den Status quo zu halten: „Dazu gehören Arbeitsplätze – aber wie sollen wir sie schaffen, wenn keine Gewerbeflächen entwickelt werden?“ Leute müssten einen Grund haben, nach Wermelskirchen zu ziehen (oder hier zu bleiben): „Das sind nun einmal der Arbeitsplatz und ein

attraktives Umfeld.“

Rehse hält die Modellrechnung für unrealistisch. „Es gibt so viele mit völlig unterschiedlichen Zahlen.“ Für ihn sei wichtig, dass Wermelskirchen eine attraktive Stadt bleibe. Und dazugehöre, dass Gewerbeflächen geschaffen werden. „Es gibt viele Anträge. Hat die Verwaltung keine Lust zu prüfen?“ Notfalls müssten Politiker-Kontakte genutzt und bei der Bezirksregierung darauf drängt werden, dass mehr Flächen ausgewiesen werden könnten: „Wir dürfen nicht darunter leiden, dass wir Trinkwasser für sechs Millionen Menschen sichern, aber kein Gewerbe ansiedeln dürfen.“

Ähnlich denkt auch Friedel

„Wir dürfen nicht darunter leiden, dass wir Trinkwasser für sechs Millionen Menschen sichern.“

Henning Rehse
WNKUWG

Burghoff (Büfo): „Da ist keine Power drin, um neue Gewerbeflächen zu entwickeln. Beschlüsse gibt es, sie müssten nur umgesetzt werden.“ Auch er hält nicht viel von der Modellrechnung („Das sind Spekulationen.“); dennoch müssten junge Familien noch mehr unterstützt werden. Derzeit bekämen sie ja eine

finanzielle Förderung; es müssten noch weitere finanzielle Anreize geschaffen werden, wenn's die städtischen Finanzen wieder erlauben würden.

Seine Fraktion geht einen anderen Weg: Statt große Areale als Bauflächen auszuweisen, sollte verdichtet werden – auch außerhalb der Stadt. Eine moderate Bebauung der Hofschaften, das habe auch soziale Aspekte: „Damit schaffen wir Anreize, auf dem Land zu siedeln.“

„Die demografische Veränderung findet statt. Das ist seit Jahren bekannt. Diesen Prozess können wir nur zum Teil aufhalten“, so Jochen Bilstein (SPD). Ein Patentrezept hat er nicht, aber: „Wir müssen als Stadt

gemeinsam mit Unternehmen Wermelskirchen als Arbeitsstandort attraktiver machen.“ Denn das Pendeln werde immer teurer. „Und wir müssen unsere Bildungsinfrastruktur fit halten.“

Der Trend, dass junge Leute/Paare in die Großstädte zögen, sei nur schwer aufzuhalten. Ob sich das angesichts explodierender Mietpreise in Städten ändere, wisse er nicht. Die SPD lehne auf jeden Fall ab, in die Fläche zu bauen; große Gewerbeflächen-Ansiedlungen seien auch nicht mehr möglich: Es sei in den vergangenen Jahren zu wenig vorausschauend gearbeitet worden, so Bilstein.

Frage des Tages Seite C2

Bis Ende Mai sollen Ergebnisse da sein

W6 + 04.12.17

SCHULLANDSCHAFT Auswirkungen auf Etat 2013 nicht gravierend, aber Signal setzen.

Von Thomas Wintgen

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Verwaltung am Montag einstimmig beauftragt, in einer Variantenuntersuchung die Möglichkeiten der Realisierung einer Sekundarschule gegenüberzustellen – unter Beachtung der PCB-Probleme, finanziellen Auswirkungen sowie Möglichkeiten von Übergangslösungen während etwaiger Abriss- und Neubauphasen. Und das bis Ende Mai.

Henning Rehse (WNK) hatte zunächst auf April bestehen wollen und angeregt, den Etat 2013 womöglich erst im Mai zu beschließen. Es ist jedoch fraglich, ob eingedeknte europaweite Ausschreibungen 2013 überhaupt nennenswerte Gelder nötig sein werden, die nicht über einen Nachtragshaushalt bewältigt werden könnten. Schon um ein Zeichen zu setzen, will Heinz-Jürgen Manderla (FDP) einen Haushaltsansatz.

Unterm Strich sind sich alle Fraktionen im Stadtrat einig; Unterschiede gibt es allenfalls bei der Antwort auf die Frage, ob von vornherein getrennte Standorte für eine Schule denkbar sind oder in der Umbau- bzw. Abrissphasen eine vorübergehende Beschulung z.B. in Burscheid.

„Würde Eltern lieber früher Ziel der Reise sagen“

Eric Weik, Bürgermeister

Rehse hatte die WNK-Position eingangs dargestellt, die „Beliebigkeit“ an manchen Stellen kritisiert (z.B. „sollte“) und um einen aktualisierten Zeitplan bis zur Ratssitzung nächsten Montag gebeten. Bürgermeister Eric Weik entgegnete, dass diese Hochrechnung bzw. Fortschreibung jede Fraktion selber leisten könne.

Jochen Bilstein (SPD) will aber auf jeden Fall ganz deut-

lich machen, wie der Prozess aussehen werde. Er warnte angesichts des abschreckenden Berliner-Flughafen-Beispiels vor zu knappen Zeitvorgaben. Zurzeit sei es für jedwede Zeitvorgabe zu früh, betonte Weik („Würde den Eltern doch auch lieber früher sagen, wohin die Reise geht“).

Für die CDU bleibe eine Vorgabe aber der Schulentwicklungsplan, betonte Volker Schmitz. Manderla ist gespannt auf den Etat-Entwurf am Montag, ohne zu wissen, „was wir für die Schule ausgeben müssen“.

Bilstein nannte es letztlich unerheblich, ob die Variantenuntersuchung – das Rathaus formulierte statt „Machbarkeitsstudie“ auf Wunsch der CDU um – im April oder Mai vorliege. Erheblich sei, dass ein Beschluss vor der Sommerpause gefasst werde, auf dass Ende 2013 die ersten Aufträge vergeben werden könnten. Darum müsse alle Kraft dafür eingesetzt werden, dass „am 31. Mai alle Ergebnisse vorliegen“ – Basis für einen gemeinsamen Beschluss.

„Kinder aus den PCB-Schulen rausholen“

BH
06.12.

WERMELSKIRCHEN (gt) Die Vorschläge der Realschule hält WNKUWG-Fraktionsvorsitzender Henning Rehse für realisier- und finanzierbar. Es sei jetzt das Wichtigste, die Kinder aus den PCB-belasteten Schulen heraus zu holen, sagt er auf Nachfrage der BM und schlägt vor: „Wäre ich an der Stelle der Stadtverwaltung, dann würde ich bis zur Ratssitzung am Montag folgendes tun: Beim Burscheider Bürgermeister Uwe Caplan nachfragen, wie viel Platz er in der dortigen Hauptschule hat; Hauptschulleiter Gebhard Lehr fragen, wie viele Schüler er unterbringen muss; außerdem das Hochbauamt nachsehen lassen, wie es

am Vogelsang aussieht und berechnen lassen, was die Errichtung eines Schuldorfes dort kosten würde“, zählt Rehse auf. Aber aus pädagogischer Sicht könne er die Vorschläge der Realschule nicht beurteilen, räumt Rehse ein. Natürlich müsste es nur als Notbehelf gelten, wenn Schulen „in die Migration“ geschickt würden, fügte Rehse hinzu.

Aufgeschlossen gegenüber den Vorschlägen der Realschule zeigte sich gestern auf Nachfrage der BM auch FDP-Fraktionsvorsitzender Hans-Jürgen Manderla. Er bezeichnet die Vorschläge der Realschule als ein mögliches Denkmodell, wobei man natürlich noch mit den Be-

troffenen reden müsse, schränkt Manderla ein. Er selbst sei sechs Jahre mit dem Zug zur Realschule Lennep gefahren. Deshalb könne er sich auch Kooperationen mit Nachbarstädten vorstellen, auf die Wermelskirchen in seiner Schullandschaft ohnehin künftig immer mehr angewiesen werde, meint Manderla.

CDU-Fraktionsvorsitzender Volker Schmitz sagt aber: „Es macht wenig Sinn, wenn wir die Schüler durch die Gegend fahren lassen.“ Er plädiere für eine innerstädtische (Zwischen)-Lösung. Wenn es sich aber nicht anders machen ließe, dann könnte geprüft werden, ob es

zumutbar wäre, die Hauptschüler aus den Außenbereichen nach Burscheid zu schicken.

Büfo-Fraktionsvorsitzender Friedel Burghoff setzt ebenfalls die Priorität, die Realschüler so bald wie möglich aus dem PCB-belasteten Gebäude heraus zu bekommen. Ob es für die Hauptschüler zumutbar sei, nach Burscheid zu fahren, könne er schwer beurteilen. Er könne sich aber vorstellen, dass dies für Hauptschüler aus den Randbezirken kein großes Problem darstellen dürfe, meint Burghoff ebenso wie Schmitz. Er vertraue aber darauf, dass die Arbeitsgruppe PCB zu vernünftigen Lösungen komme.

**Jetzt landet der
auf dem Basar** *WGA
4.12.*

Zum Thema „Stadt denkt an Verkauf“ des „Bergischen Löwen“ (WGA-Donnerstagsausgabe)

Gut zu wissen, was die Stadt vor hat. Nur hat der Rat als zuständiges Gremium in diese Richtung gottlob noch nichts beschlossen! Offenbar fällt der Stadt nichts Besseres mehr ein, als alles Mögliche zu verkaufen – und dies ohne Rücksicht auf Verluste.

Verkauf als Allheilmittel wie auch beim Gebäude Taubengasse. Wo die an der Marktpassage, beim Umbau des Marktes, beim Bau des Neubaus Taubengasse entfallenen bzw. zusätzlich benötigten Parkplätze in diesem Stadtteil entstehen, interessiert offenbar nur die WNK UWG, die Einzelhändler und die Kunden. Und jetzt landet der „Bergische Löwe“ auf dem städtischen Basar! Mit welchem Konzept für die weitere Nutzung? Fehl-

anzeige! Mit welchem Kaufinteressenten? Fehlanzeige! Mit welchen Ideen, diese Top-Gastronomie auch zukünftig am gerade umgestalteten Markt zu erhalten? Fehlanzeige!

Weiß die Verwaltung eigentlich, dass ein potentieller Käufer den dem Sanierungsstau entsprechenden Betrag vom Kaufpreis berechtigt ist abzuziehen? Merkt die Verwaltung, dass die ganze Verkaufsidee dann zum Nullsummenspiel wird?

Glaubt die Verwaltung allen Ernstes, dass sie eine politische Mehrheit dafür findet, ohne Rücksicht auf Verluste – und hierbei wäre der schmerzlichste Verlust der der (Außen-)Gastronomie - den Verkauf des Objektes zu realisieren?

Henning Rehse, WNK UWG

Leserbriefe geben ausschließlich die Meinung der Einsender wieder; Kürzungen bleiben vorbehalten. Zuschriften erreichen den WGA per E-Mail an wga@rga-online.de

Wartmann war's – Aber „undenkbar“

WbA 8.12

REALSCHULE Idee mit Hauptschule vom Bürgermeister-Vize.

Der Stadtverordnete und stellvertretende Bürgermeister Dirk Wartmann (WNK) hat sich am Freitag zur Idee bekannt, die Hauptschule vorübergehend nach Burscheid umzusiedeln. Er schreibt dazu u.a.:

„Nach der Berichterstattung der vergangenen Tage waren alle Beteiligten gut beraten, das Thema PCB und die damit verbundenen Ereignisse sachlich zu betrachten und zu behandeln. Die Art der Forderungen durch die Realschulrektorin lässt leider jegliche Diplomatie vermissen.

Die Idee mit dem Umzug der Hauptschule stammt von mir. Da ich fachlich nicht beurteilen kann, was aus pädagogischer Sicht zu beachten ist, habe ich bewusst diese Idee nicht zum Antrag erhoben, sondern sie der Verwaltung vor ca. 14 Tagen an die Hand gegeben.

Die Hauptschule nach Burscheid zu verlagern, schien mir eine bessere Alternative als Unterricht am Nachmittag oder am Wochenende für Real- oder Hauptschule. Auch ein Umzug in ein Containerdorf ist für mich keine Lösung. Die Sanierung des Kreiskinderheims zur Nutzung für die Realschule ist finanziell und zeitlich auch keine optimale Lösung.

Dass ich für den Umzug die Hauptschule vorgeschlagen habe, liegt daran, dass die Räume in Burscheid nicht ausreichen, um dort die Realschule unterzubringen. Des Weiteren ist die Hauptschule personell die kleinere Gruppe und somit logistisch leichter zu versorgen. Im Gebäude in Burscheid wären gleiche Schulformen untergebracht.

„Alle Denkansätze sollten erlaubt sein“

All diese Fakten erschienen mir sinnvoll. Dadurch würde man ein intaktes Schulgebäude freiziehen (Hauptschule), und die Realschule könnte kurzfristig umziehen. Das Problem PCB wäre für die Realschule erledigt. In der momentanen Situation sollten alle Denkansätze erlaubt sein, wenn zum Schluss ein Konzept entsteht, das tragfähig ist.

Viele Beteiligte erfuhren aus der Presse von der Idee und waren verständlicherweise vor den Kopf gestoßen. So war es nicht gedacht. Bitte denken Sie mit über diese Möglichkeiten nach. Dieses Problem wird nicht ein Einzelner lösen, sondern nur eine Gemeinschaft.“

Die Rektorin der Burscheider Hauptschule, Waltraud Schmitz, sagte am Freitag im Gespräch mit dem WGA nur „undenkbar!“ Dafür gebe es gar keinen Platz in der Schule, die zweizügig sei und die Räume als Ganztagsbetrieb pädagogisch umgearbeitet habe. Der Gedanke, hier Wermelskirchener Schüler unterzubringen, „entbehrt jeder Grundlage“.

s.n.

Wartmann: „Der Auszug der Hauptschule war meine Idee“

04.08.17.17

WERMELSKIRCHEN (BM) „Alle Beteiligten wären gut beraten, das Thema PCB und die damit verbundenen Ereignisse sachlich zu betrachten und zu behandeln“, meint stellvertretender Bürgermeister Dirk Wartmann (WNKUWG). „Die Art der Forderungen durch die Realschulrektorin lässt leider jegliche Diplomatie vermissen“, beklagt er und fügt hinzu: „Die Idee mit dem Umzug der Hauptschule stammt von mir. Da ich fachlich nicht beurteilen kann was aus pädagogischer Sicht hierbei zu beachten ist, habe ich bewusst diese Idee nicht zum Antrag erhoben, sonder sie der Verwaltung vor etwa. 14 Tagen an die Hand gegeben.“

Die Hauptschule nach Burscheid zu verlagern, erscheine ihm als eine bessere Alternative, als Unterricht am Nachmittag oder am Wochenende für Real- oder Hauptschule. „Auch ein Umzug in ein Containerdorf ist für mich keine Lösung. Die Sanierung des Kreiskinderheims zur Nutzung für die Realschule ist fi-

nanziell und zeitlich auch keine optimale Lösung“, betont Wartmann. Dass er für den Umzug die Hauptschule vorgeschlagen habe, liege daran, dass die Räume in Burscheid nicht ausreichten, um dort die Realschule unterzubringen. Des weiteren sei die Hauptschule personell die kleinere Gruppe und somit logistisch leichter zu versorgen. Im Gebäude in Burscheid wären gleiche Schulformen untergebracht. „All diese Fakten erschienen mir sinnvoll. Dadurch würde man ein intaktes Schulgebäude freiziehen (Hauptschule) und die Realschule könnte kurzfristig umziehen. Das Problem PCB wäre für die Realschule erledigt“, meint er, gibt aber zu: „Es hätten im Vorfeld Gespräche mit Haupt- und Realschule, Verwaltung, Schulkonferenz und der Stadt Burscheid geführt werden müssen. Auch die Politik hätte man nach den ersten Beratungen mit einbinden müssen, wenn klar gewesen wäre, dass die Idee funktionieren könnte“, schreibt er.

Sparbeschluss von 2009 gekippt: Umweltausschuss wird eingerichtet

Verwaltung bekommt vom Rat Arbeitsauftrag. Umweltrelevante Themen bleiben seit 2009 auf der Strecke. Sechs Arbeitskreise werden aufgelöst.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Wahrscheinlich im nächsten Jahr bekommt Wermelskirchen wieder einen Umweltausschuss. Das ist die Konsequenz aus der unsäglichen PCB-Diskussion der vergangenen Monate – die WNKUWG hatte daraus den Schluss gezogen und einen Antrag an den Rat gestellt. Der fasste zwar keinen Grundsatzbeschluss, gab aber der Stadtverwaltung den Arbeitsauftrag, alles vorzubereiten und dem Ältestenrat in seiner nächsten Sitzung zu berichten.

2009 war kein Umweltausschuss mehr eingerichtet worden – Spargründe wurden damals angeführt. Henning Rehse (WNKUWG) kommt in seinem Antrag selbstkritisch zu dem Schluss, dass es „rückbetrachtet ein Fehler“ gewesen sein, diesen wichtigen Bereich mit dem Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr zusammenzulegen. „Das Arbeitspensum ist für einen derart

zugeschnittenen Ausschuss zu groß, als dass die Themen sachgerecht beraten und entschieden werden könnten“, so der Fraktionsvorsitzende.

So seien wichtige Themen wie PCB seit Jahren im politischen Raum nicht oder nicht konsequent beraten worden; Rathausfassade, Umbau Bergischer Löwe, Baucontrolling befänden sich in einer Art „Grauzone“ und würde nicht „ihrer Wichtigkeit entsprechend behandelt“. Die Eingliederung des Umweltausschusses in den Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr hätte dazu geführt, dass umweltrelevante Themen wie die energetischen Fragen, Sauberkeit der Stadt, Pflege der Grünanlagen in verschiedenen, nichtöffentlich tagenden Arbeits-

kreisen behandelt würden – das aber wäre nur sporadisch erfolgt und werde somit nicht ihrer Wichtigkeit entsprochen – „ein neu zu bildender Ausschuss verfügt über 15 Mitglieder, die Arbeitskreise und Kommissionen haben 36 Mitglieder“. Die sind immerhin in sechs (!) Gremien tätig. Diese Arbeitskreise sollen dann nach Ansicht von Rehse aufgelöst werden.

Dass der Antrag gleich in einen Arbeitsauftrag mündet, ist neu: Rehse hatte nämlich Vorarbeit geleistet und mit CDU, SPD und Grünen gesprochen.

Die unterstützen im Grundsatz eine Neubildung, so dass die Stadtverwaltung dies vorbereiten kann.

KOMMENTAR



„Die Zusammenlegung war rückbetrachtet ein Fehler.“

Henning Rehse
WNKUWG

KOMMENTAR

Gespart am falschen Ende

Wermelskirchen bekommt wieder einen Umweltausschuss – dies ist eine vernünftige Entscheidung. Denn was sich da auftürmt an ungelösten Themen, ist schon gewaltig. Eigentlich hätte der Ausschuss für Stadtentwicklung und Verkehr zwischenzeitlich jede Woche tagen müssen – was er aber nicht getan hat.

PCB ist nun der Auslöser für diesen WNKUWG-Antrag. Zuviel hat sich inzwischen angehäuft, nichts wird von den nichtöffentlich tagenden Arbeitskreisen abgearbeitet. Weil wohl hier die Stadtverwaltung lenkt – sie läßt nach Ermessen ein. Die Termine und die Tagesordnung der Ausschüsse hingegen bestimmten die Vorsitzenden. Und dass die Arbeitskreise „preiswerter“ sind, glaubt doch auch niemand mehr: 36 Mitglieder treffen sich, und die bekommen schließlich auch Sitzungsgeld. Die Sparidee 2009 floppte.

So bleibt nur zu hoffen, dass wenigstens noch vor der Sommerpause der Umweltausschuss konstituiert wird. Arbeit gibt es genug.
Udo Teifel

Rat bringt Planung weiter auf den Weg

SCHULENTWICKLUNG/PCB

Politik fasst auch an die eigene Nase. *WE1*

Von Thomas Wintgen *11.17.*

Der Stadtrat hat am Montagabend einstimmig der Empfehlung des Schulausschusses entsprochen (WGA vom 4. Dezember) und die Variantenuntersuchung in Auftrag gegeben. Damit soll im Mai eine Basis für die weiteren Entscheidungen gegeben sein.

Henning Rehse (WNK UWG) tat noch einmal Probleme mit dem Zeitplan kund und forderte, dass das Fachbüro die Umzugsvarianten möglichst schnell vorlegt. Die Idee mit Burscheid (WGA Freitag und Samstag) sei übrigens eine Idee aus dem Rathaus, auf die Bürgermeister Eric Weik Wert gelegt habe.

„Thema PCB sehe ich durchaus selbstkritisch“

Henning Rehse, WNK UWG

Dass das Thema PCB zwischen 2005 und 2010 auf keiner Tagesordnung stand, sah Rehse „durchaus selbstkritisch“. Zwischen Februar 2011 und Mai 2013 lägen auch wieder 28 Monate. Die Fraktion möchte von der Verwaltung wissen, ob der Antrag Sekundarschule erst gestellt werden könne, wenn ein Gebäude parat sei, oder ob auch ein Provisorium reiche.

rga DONNERSTAG, 13. DEZEMBER 2012

rga.Heute

Signal für neuen Fachausschuss

Der Stadtrat hat auf Bitten des Bürgermeisters nicht beschlossen, einen neuen Fachausschuss für Umwelt, Bau und Vergabe einzurichten; Eric Weik erklärte jedoch, dass die Verwaltung das Signal erkannt habe, dass es der Mehrheitswille sei und die Vorbereitungen für diesen Schritt für die März-Sitzung treffen werde. Henning Rehse bedankte sich im Namen der WNK UWG bei CDU, SPD und Grünen dafür, dass sie ihre Zustimmung signalisiert haben. Der neue Ausschuss soll das verschollene Thema Umwelt wieder ans Tageslicht bringen, für Forst, Jagd und Fischerei zuständig sein, Naherholung und Kleingartenwesen, die Abfallwirtschaft, das Friedhofwesen, Sauberkeit von Grünflächen, Energie und Baukosten-Controlling. *s.n.*

GUTEN MORGEN
VON THOMAS WINTGEN



Politisches Leben

Es muss, keine Frage, Sachen geben, die die Politik hinter verschlossenen Türen berät und beschließt. Das betrifft insbesondere persönliche Dinge, die keinen etwas angehen, und es betrifft wirtschaftliche Fragen beispielsweise beim Verkauf eines privaten bzw. städtischen Grundstücks. Voraussetzung ist, dass alles „mit rechten Dingen“ zugeht. Als Vermittler kommunaler Nachrichten war es der WGA-Redaktion ein dicker Dorn im Auge, dass Bürgermeister Eric Weik und seine Reihen Arbeitskreise und Kommissionen ins Leben riefen und den Fachausschüssen ureigene Arbeit wegnahmen. Mit dem Ergebnis, dass die Öffentlichkeit über Monate, ja Jahre nicht mehr erfuhr, wie es weitergeht mit Rathausfassade, Blockheizkraftwerk-Idee Hallenbad, Grünflächenpflege, Sauberkeit unserer Innenstadt, um nur ein paar Beispiele zu nennen. Insofern ist höchste Zeit, das gescheiterte Experiment der Arbeitskreise zu beenden und wieder parlamentarisches Leben in diese Stadt zu bringen.

»Signal für neuen Fachausschuss

PCB - Politiker gestehen Fehler ein

BM 17.12

Der Stadtrat hat einstimmig die Variantenuntersuchung zur Errichtung einer Sekundarschule auf den Weg gebracht. Entscheidungsreife Ergebnisse sollen bis spätestens Ende Mai 2013 vorliegen. CDU: keine zwei Standorte.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Der Stadtrat hat in seiner letzten Sitzung 2012 die Variantenuntersuchung als Voraussetzung für die Entscheidung, wie die Sekundarschule in Wermelskirchen umgesetzt werden soll, einstimmig auf den Weg gebracht. Dennoch gab's noch einen verbalen Schlagabtausch – ausgelöst von Henning Rehse (WNKUWG), der mit der Stadtverwaltung hart ins Gericht ging. Die anderen Fraktionen folgten seiner Kritik aber nicht.

Seine Fraktion sei nach wie vor nicht mit dem vorgeschlagenen Zeitplan einverstanden. „Wir müssen den Umzug liefern, die Kinder

„Wir haben das Versprechen 2003, PCB in den Griff zu bekommen, nicht gehalten.“

Jochen Bilstein
SPD-Fraktionsvorsitzender

und Lehrer aus den PCB-belasteten Gebäuden herauszubekommen.“ Sechs Jahre habe das Thema PCB auf keiner Tagesordnung gestanden, meinte er selbstkritisch; im Februar 2011 wurde die Mensa „beerdigt“, jetzt, 22 Monate später, sei man immer noch nicht weiter. Weitere sechs Monate solle es dauern bis zu einer Entscheidung – „die Kinder und Lehrer sind dann nach wie vor in der Schule“, beschrieb Rehse. Eine weitere bauliche Umsetzung dauere weitere Jahre.

Offiziell verschoben sei auch in keiner Weise der Starttermin einer Sekundarschule – das Schuljahr 2014/2015 sei festgeschrieben, vor 2015/2016 werde es seiner Ansicht sicher nichts. Er stellte auch klar, dass als „Variante 3b“ der Bürgermeister im Ältestenrat vorgeschlagen habe, eine auf die Städte Wer-

melskirchen und Burscheid aufgeteilte Sekundarschule zu untersuchen – „darauf hat der Bürgermeister viel Wert gelegt“. Wenn so eine Lösung geprüft werde, warum dann nicht auch als Übergangslösung, um Schüler aus den PCB-belasteten Schulen zu holen?

Gehen im Stadtgebiet bald die Lichter aus?

Stadtverwaltung will die Beleuchtung reduzieren, um Geld einzusparen. Mehr Licht kostet 5000 Euro.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Wenn's nach der Stadtverwaltung geht, wird's im Stadtgebiet bald dunkel sein. Denn im Rathaus werden derzeit Einsparpotenziale bei der Beleuchtung geprüft. Teil eines neuen Beleuchtungskonzeptes ist, dass die Beleuchtung im Stadtgebiet eher reduziert als ausgebaut wird. Das jedenfalls antwortete der Bürgermeister jetzt auf eine Anfrage von Anja Güntermann (WNKUWG).

Der Ratsfrau war aufgefallen, dass die Ausleuchtung im Einmündungsbereich Jahn-/Dabringhauser Straße „deutlich unterdimensioniert“ sei. Denn: Die Lampen der Dabringhauser Straße ständen vor oder nach der Einmündung und die erste Lampe in der Jahnstraße befände sich ebenfalls „relativ weit von der Einmündung entfernt“.

Die Einmündung verfüge zudem über einen Fahrbahnteiler (Überquerungshilfe), der zum Queren der Jahnstraße in diesem stark frequentierten Bereich regelrecht aufforde-



Diese Leuchte reicht nach Ansicht von Anja Güntermann nicht aus, um den breiten Einmündungsbereich sicher auszuleuchten. BM-FOTO: HANS DÖRNER

re, so Güntermann. „Insbesondere Schüler machen hiervon regen Gebrauch. In der dunklen Jahreszeit bewegen sich auch viele Schüler auf ihrem Schulweg morgens zu Zeiten, wo es noch dämmrig ist.“ Sie forderte die Stadt auf, die Situation einzuschätzen und eine Verbesserung herbeizuführen.

Letzteres indes scheint nicht der Fall. Denn dafür, so bekam die Ratsfrau als Antwort, sei kein Geld im Haushalt 2013 vorhanden. Im Stadtgebiet gebe es keine DIN-konforme Ausleuchtung, so erfuhr Güntermann, außer im Bereich der neuen Innenstadtstraßen. Die Stadtverwaltung bestätigte ihre Einschät-

zung, dass die Leuchten im Einmündungsbereich relativ weit entfernt ständen – 17 beziehungsweise 18 Meter. Aber: Anders als bei Zebrastreifen ist bei Überquerungshilfen und Überwegen keine besondere oder zusätzliche Ausleuchtung erforderlich. „Die vorhandene Beleuchtungssituation an dieser Stelle ist für das Stadtgebiet nicht unüblich, so dass wir zurzeit keinen akuten Handlungsbedarf sehen“, teilte der Bürgermeister der Politikerin mit.

Eine Verbesserung der Ausleuchtungssituation sei sicher möglich, aber mit Kosten verbunden. Zum einen könnten die vorhandenen Leuchten umgerüstet beziehungsweise auf eine höhere Watt-Zahl aufgerüstet werden (etwa 1000 Euro). Zum anderen könnten zwei Laternen abgebaut und im Bereich der Mittelinsel gegen eine einzelne Laterne mit Zwei-Leuchtenkopf ausgetauscht werden (5000 Euro).

Über das neue Beleuchtungskonzept will die Stadt 2013 informieren.

Frage des Tages Seite C2

Rathaus-Fassade: Akteneinsicht BM 22.12.

Henning Rehse: Themen und Gruppen werden gegeneinander ausgespielt.

VON UDO TEIFEL

WERMELSKIRCHEN Die Nachricht der Stadtverwaltung, die Sanierung der Rathaus-Fassade zugunsten wichtigerer Dinge vorerst auszusetzen, sorgt bei der WNKUWG für vorweihnachtliche Hektik: Sie fordert Akteneinsicht in den Gesamtvorgang. Das beantragte gestern Henning Rehse beim Bürgermeister.

Seine Fraktion werde das Szenario nicht länger hinnehmen; kritisiert werden die „immer wieder praktizierten Versuche“, Themen und gesellschaftliche Gruppen mit Hinweis auf die Finanzen „quasi gegeneinander auszuspielen.“ „Es kann nicht der Stadt als Ganzes und erst recht nicht den Bürgern angelastet werden, wenn Dinge seit Jah-



Gekauft oder gemietet? Das ist derzeit unklar.

BM-ARCHIVFOTO: TEIFEL

ren liegenbleiben.“ Wenn ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept nicht erreichbar sei, sollte dies offen und ehrlich gesagt und damit umgegangen werden. Überrascht zeigte sich Rehse auch, dass Gerüst und Bauzäune gemietet seien, wie die Stadtverwaltung in dem Pressegespräch erklärt hatte. Rehse: „Der Rat hat im Mai 2007 beschlossen, 110 000 Euro außerplanmäßig für den Kauf von Gerüst und Bauzäunen bereitzustellen.“ Jetzt will er natürlich wissen, wieso das Gerüst trotz Beschlusses nicht gekauft wurde – „kaufen, so hieß es, sei günstiger als mieten“. Warum wurden die Gremien nicht über den Sinneswandel informiert? Im Rathaus waren diese Fragen gestern nicht mehr zu klären.

RGA SAMSTAG, 22. DEZEMBER 2012

Nicht gegeneinander ausspielen

WNK UWG Fraktion fordert Rathaus zum Handeln auf: „sowohl als auch“ statt „entweder oder“.

Der WNK UWG platzt angesichts der neuerlichen Verzögerung bei der Sanierung der Rathaus-Fassade (gestrige WGA-Ausgabe) der Kragen. Henning Rehse bittet die Verwaltung, den Fraktionen das Gutachten zur Verfügung zu stellen. „Darüber hinaus beantrage ich für meine Fraktion Akteneinsicht in den Gesamtvorgang – gerne auch mit anderen/allen Fraktionen gemeinsam, um den Aufwand der Verwaltung hierfür zu minimieren“, fordert Rehse das Rathaus auf.

Für die WNK UWG sei das

Szenario, dass sich auf weitere Jahre an der Fassade nichts tun soll, das Gerüst stehen bleibt und das Umfeld des Rathauses hinsichtlich Pflege und Unterhaltung ein Bild der Verwahrlosung bietet, nicht hinnehmbar.

Auch lehne es seine Fraktion ab, die in jüngster Zeit immer wieder praktizierten Versuche, Themen und gesellschaftliche Gruppen in dieser Stadt mit Hinweis auf die Finanzen quasi gegeneinander auszuspielen ab: Freibad gegen Hallenbad, Musikschule gegen Katt und Stadtbücherei, Schulmzüge gegen Sekundarschule, Rathaus-Fassade und bestehende Budgets der Schulen. „Das ist kein zukunftsorientiertes Vorgehen und faires Miteinander!“, klagt Rehse.

In einem reichen Land wie Deutschland, das Milliarden zur

Rettung Griechenlands und für Euro-Rettungsschirme zahlen kann, stelle sich beim Erhalt und der Fortentwicklung einfachster kommunaler Infrastruktur nicht die Frage nach dem „entweder oder“ sondern laute die Antwort „sowohl als auch“.

Mit nicht genehmigungsfähigem Sicherungskonzept offen umgehen

Es könne nicht der Stadt als Ganzes und erst recht nicht ihren Bürgern angelastet werden, wenn Dinge seit Jahren liegen geblieben seien. „Es gibt Dinge, die, nicht zu tun, schlichtweg nicht zur Disposition stehen“, mahnt die WNK UWG und nennt: Auszug der Schulen aus den PCB-belasteten Gebäuden, Einführung und Bau der Sekundarschule, Rathaus-Fassade, Bau einer neuen Feuer-

wache zur Sicherstellung des Brandschutzes, Wirtschaftsförderung und Stadtmarketing, Gewerbeflächenausweisung, Energiewende, Sanierung Bergischer Löwe, Grünflächenpflege, Parkplätze in der unteren Innenstadt, Ertüchtigung des Hallenbades usw.

„Wenn ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept nicht erreichbar ist, sollte dies offen gesagt und damit umgegangen werden. Die Aufsichtsbehörden werden wie bei den meisten anderen Kommunen auch im Falle Wermelskirchens Verständnis dafür haben und die Genehmigung erteilen, dass die meisten Maßnahmen unverzüglich abgearbeitet werden müssen, will man die Strukturen dieser Stadt erhalten“, erklärt die WNK UWG.

red

Frage des Tages

Gestern haben wir Sie gefragt:
Sind die Netze und Gerüste
am Rathaus ein zumutbarer
Zustand?

Sie haben abgestimmt*:

Ja 12 Prozent

Nein 88 Prozent



Ein frohes Weihnachtsfest
und einen guten Rutsch ins
Jahr 2013 wünscht allen
Bürgerinnen und Bürgern Ihre
WNK UWG.

Mit unseren Wünschen
verbinden wir unseren Dank für
das uns entgegengebrachte
Vertrauen.



WNK UWG

Immer da, wo Sie uns brauchen